



## ABTEILUNG I

### A. Grundsatz

#### 1. Parlamentarische und politische Kontakte

Die Kontaktpflege der GdP am Sitz von Regierung und Parlament ist darauf ausgerichtet, die Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen zu unterstützen und Bündnispartner für die Umsetzung der eigenen Gewerkschaftspolitik zu gewinnen.

Der Auf- und Ausbau bestehender und neuer Kontakte am Sitz von Regierung und Parlament erfolgen mit dem Ziel, den Einfluss der GdP auf die Entscheidungsprozesse am Regierungssitz zu stärken und gleichzeitig den Informationsfluss zwischen politischen Entscheidungsträgern und der GdP zu optimieren. Dazu sucht die GdP – über die langjährigen und in Fachfragen äußerst effizienten Verbindungen hinaus – in Berlin das Gespräch mit allen, die zur Gestaltung der Bundespolitik beitragen in Regierung, Parlament und Parteien. Dabei waren sowohl die Kontakte auf der Ebene der Mandatsträger als auch auf Arbeitsebene von großer Bedeutung.

Durch einen regelmäßigen Abgleich zwischen Verteiler und Organisationsstrukturen sowie durch die Erweiterung der Kontakte auf Arbeitsebene erreicht die GdP regelmäßig eine wachsende Zahl von Entscheidungsträgern, die aktuell über Positionen der GdP informiert werden. Die parlamentarische Verbindungsstelle dient auch als Vermittler und Koordinator, wo es um Informationen aus dem Alltag der Polizei, die Einschätzung von Stimmungen innerhalb der Mitgliedschaft und einzelne inhaltliche Fragen geht.

Zur Abstimmung des Vorgehens und zur Bündelung der Aktivitäten ist die Verbindungsstelle in regelmäßige Gesprächsrunden mit den parlamentarischen Verbindungsbüros der DGB-Gewerkschaften eingebunden. Trotz der unterschiedlichen Interessenschwerpunkte der Einzelgewerkschaften hat sich die gegenseitige Information auf dieser Arbeitsebene als hilfreich erwiesen.

#### 2. Parlamentarischer Abend der GdP

Zum Parlamentarischen Abend lud die GdP am 24. Oktober 2007 die Mitglieder des Innenausschusses des Deutschen Bundestages in das Restaurant Tucher am Pariser Platz in Ber-

#### Aufgabenbereiche:

Grundsatz  
Kontakte zu Gewerkschaften und Parteien  
Personal-Organisationsfragen  
Geschäftsführung/Büro Vorsitzender  
Frauen- und Gleichstellungspolitik

lin ein. Zahlreiche Abgeordnete, deren Themenschwerpunkt Fragen der Inneren Sicherheit sind, folgten der Einladung und zeigten sich höchst interessiert an einem Einblick in die polizeiliche Praxis der Strafverfolgung: Herbert Klein, Kriminaldirektor im LKA Rheinland-Pfalz und Chefredakteur „Die Kriminalpolizei“ schilderte aus seiner professionellen Perspektive die aktuelle Bedrohungslage, bewertete die bisherigen Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus und berichtete auch, welche polizeilichen Arbeitsmittel und gesetzlichen Bestimmungen darüber hinaus aus seiner Sicht notwendig und wünschenswert wären. Auf dieser Grundlage kamen der Geschäftsführende Bundesvorstand und seine Gäste rasch ins Gespräch und tauschten Positionen und Einschätzungen aus.

#### 3. DGB-Vorstandssekretäre

An den monatlich in Berlin stattfindenden Sitzungen zur Vorbereitung der jeweiligen DGB-BV-Sitzung sowie den politischen Abstimmungen der Einzelgewerkschaften mit dem DGB nahm die Kollegin Alberdina Körner (Vertretung Kollege Hans Adams) teil.

Die Themen der Sitzungen waren u. a. Vorbereitung der jeweiligen DGB-BV-Sitzungen, allgemeinpolitische Themen, KOS-Finanzierung (weitere Finanzierung der Koordinierungsstelle für gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit), Mindestlohn-Kampagne, Ausbildung, Vereinbarung zwischen ver.di, GEW und GdP zur Situation im öffentlichen Dienst, Vorschläge zum flexiblen Übergang in Rente (Nachfolgeregelung Altersteilzeit), Streik der GdL und Auswirkungen auf die DGB-Gewerkschaften, Mindestlohnkampagne (akt. Planungen zum Postmindestlohn), Projekt Weiterentwicklung der DGB-Organisationsstrukturen, prekäre Beschäftigung, Kampagnenplanung des DGB 2008, Strukturreform des Versorgungsausgleichs, Zeit- und Leiharbeit, Abgrenzung der Organisationsbereiche und der Schiedsgerichtsordnung, seniorenpolitische Eckpunkte des DGB, Anpassung der Regionsgrenzen im DGB-Bezirk Sachsen, DGB-Aktionswochen zur Alterssicherung 2009, Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 in Dresden, organisationspolitische Folgen aus der Föderalismusreform, Mindestarbeitsbedingungsgesetz, Arbeitnehmerfreizügigkeit, alterssicherungspolitisches Konzept, Kampagne Alterssicherung 2008/2009, Insolvenzversicherung Arbeitszeit-

konten, Lissabon-Vertrag, Forderung zu Vorstandsvergütungen, Vereinbarung GUV-Fakulta, EU-Dienstleistungsrichtlinie, Terminplanungen, Arbeitnehmerdatenschutz, DGB-Position zur Wahl des Europäischen Parlaments, DGB-Bundesvorstandsklausur (Anforderungen des DGB an die Parteien im Wahljahr 2009, Wirtschafts- und Finanzkrise, DGB-Strukturreform), Nachbereitung der EGB-Demonstration in Straßburg, Vorbereitung der EGB-Demonstration am 16. Mai 2009 in Berlin, Arbeitsgruppen der DGB-Bundesverwaltung, Vorbereitung der DGB-Bundesausschuss-Sitzung, Haushalt 2009, politische Anforderungen des DGB im Wahljahr 2009, Kapitalismuskongress, Satzungsänderung der GEW zum Thema Leiharbeit, DGB-Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010, Elternurlaubsrichtlinie, Positionspapier von SPD und Gewerkschaften „Für ein Europa des sozialen Fortschritts“, politische Anforderungen des DGB im Jahr 2009, gemeinsame Initiative zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung, Strukturveränderungen in den DGB-Bezirken Berlin-Brandenburg und Sachsen, Änderung des Organisationsbereiches in der Satzung der IG Bergbau, Chemie, Energie, aktuelle europäische Themen, Situation im Iran, Namensgebung und Umbenennung von DGB-Regionen, DGB-Strukturreform, Vorbereitung des 19. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB, europäische Entwicklungen, Stand der Koalitionsgespräche und vieles mehr.

#### **4. DGB-Kapitalismuskongress**

Die aktuelle Finanzmarktkrise hat den DGB-Bundesvorstand auf seiner Dezember-Sitzung veranlasst, die Durchführung eines „Kapitalismus-Kongresses“ zu beschließen.

Der Kongress fand am 14./15. Mai 2009 in Berlin statt. Gewerkschafter, Sozialverbände und Wissenschaftler befassten sich mit den Themen:

- Gesellschaftliche Verantwortung des Wirtschaftshandelns
- Regulierung der Real- und Finanzwirtschaft
- Neue Arbeitsgesellschaft (Qualifizierung/Innovation)
- Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen
- Neue Gerechtigkeit (Verteilung/Chancengleichheit)

Von der Gesamtteilnehmerzahl von 500 sollten die Gewerkschaften 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Betriebsräte/Personalvertreter/Funktionäre) stellen. Auf die GdP entfielen dabei nach Mitgliedsstärke 10 Sitze. Die Kosten der Veranstaltung wurden aus dem Soli-Fonds des DGB finanziert. Der GBV hatte in seiner Sitzung am 17. März 2009 die Teilnahme von 10 Kolleginnen und Kollegen an dem Kongress beschlossen.

## C. Geschäftsführung/Büro Vorsitzender

### 1. Weitere Finanzierung der Koordinierungsstelle für gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit (KOS)

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften beteiligen sich seit Jahren per Umlage an der Finanzierung der Koordinierungsstelle für gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit (KOS). In den letzten drei Jahren haben die Gewerkschaften mehr und mehr darauf gedrängt, die Finanzierung der KOS zu überarbeiten. Darauf haben sich alle Gewerkschaften und der DGB 2006 verständigt.

Dabei wurde davon ausgegangen, dass auch andere Finanzierungsquellen erschlossen werden könnten. Diese Bemühungen waren inzwischen erfolgreich, so dass der Finanzierungsanteil für die Gewerkschaften insgesamt geringer wird. In den Jahren 2008 bis 2012 wird sich die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) über ein Projekt mit jährlich 50.000 Euro an den Gesamtkosten beteiligen.

Die GdP beteiligt sich aus gewerkschaftspolitischen Gründen weiterhin an der Finanzierung der KOS per Umlage entsprechend ihrem Mitgliederanteil.

### 2. Neues GdP-Layout

Mit GBV-Beschluss aus 2007 wurde für die Briefbogen der Bundesgeschäftsstellen ein neues Corporate Design beschlossen. Nachdem der bisherige Papierbestand verbraucht wurde, kommen die neuen Briefbogen im Juni 2008 für beide Geschäftsstellen zum Einsatz.

### 3. Stand der Bearbeitung der Kongressbeschlüsse Bundeskongress Berlin 2006

Der Bundeskontrollausschuss (BKonA) befasste sich in seinen Sitzungen turnusgemäß mit dem Stand der Bearbeitung der Bundeskongressbeschlüsse Bundeskongress Berlin 2006. Diese hat der GBV regelmäßig in Form von synoptischen Darstellungen nach der GBV-Sitzung im Dezember 2009 dem BKonA zur Verfügung gestellt.

### 4. Polizeitag am 03. Februar 2009 in Hannover

Nachdem ver.di die GdP gebeten hatte, zur Unterstützung zwischen der zweiten und dritten Verhandlungsrunde der Einkommensrunde 2009 eine bzw. mehrere Aktionen zu veranstalten, hat der GBV beschlossen, am 03. Februar 2009 in Hannover eine zentrale Demonstration als so genannten „Polizeitag“ zu organisieren. Die Veranstaltung wurde mit organisatorischer Unterstützung der GdP-Bund vom Landesbezirk Niedersachsen durchgeführt und richtete sich insbesondere an die Beamte/-innen.

## 5. EGB-/DGB-Demonstration am 16. Mai 2009

Am Samstag, den 16. Mai 2009 fand unter Organisation des DGB in Berlin im Rahmen der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) die Demo „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa!“ statt.

## 6. Bearbeitung Kongressbeschluss B 56

Der Antrag B 56 wurde beim Bundeskongress 2006 in Berlin als Arbeitsmaterial angenommen:

„Der Bundesvorstand wird beauftragt, alle nicht erledigten Kongressbeschlüsse beim folgenden Kongress zur Abstimmung zu bringen.“

Der Bundeskontrollausschuss hat zur Umsetzung des Beschlusses B 56 folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

Der Bundesvorstand beschließt, dass der Beschluss B 56 zum Bundeskongress 2010 in Berlin umgesetzt wird.

Berücksichtigung für die „Wiederbefassung“ nicht erledigter Beschlüsse finden ausschließlich die angenommenen/als Arbeitsmaterial überwiesenen Beschlüsse des Bundeskongresses 2006. Alle angenommenen Beschlüsse aus weiter zurückliegenden Bundeskongressen, die nicht als erledigt qualifiziert worden sind, sind davon nicht betroffen. Der Status aller vor 2006 gefassten Kongressbeschlüsse bleibt also unangetastet.

### A.) Wirkung ab dem Bundeskongress 2014

Um den Beschluss B 56 umsetzen zu können, bedarf es der Ergänzung der Satzung der GdP (neu: § 15 Abs. 6) und der Versammlungs- und Sitzungsordnung der GdP (neu: § 11 Abs. 6) mit Wirksamkeit für den Bundeskongress 2014.

#### Der Bundeskontrollausschuss schlägt dazu vor:

Der Bundesvorstand schlägt dem Bundeskongress 2010 zur Umsetzung des Beschlusses B 56 Berlin 2006 folgende Ergänzung der Satzung der GdP und der Versammlungs- und Sitzungsordnung vor:

#### Neu einzufügen ist § 15 Abs. 6 der Satzung der GdP mit folgendem Text:

„Beschlüsse des vorhergehenden Bundeskongresses, deren Umsetzung nach Feststellung durch den Bundeskontrollausschuss bis Antragsfrist gemäß Abs. 3 nicht erledigt ist, bedürfen zur weiteren Bearbeitung der Bestätigung durch den Bundeskongress.“

Ein Abs. 6 mit dem gleichen Wortlaut ist auch § 11 der Versammlungs- und Sitzungsordnung anzufügen.

### B.) Wirkung für den Bundeskongress 2010

Der Kongressbeschluss B 56 soll bereits zum Bundeskongress 2010 umgesetzt werden. Die vorgeschlagene Satzungsergänzung erhält Wirkung erst zum Bundeskongress 2014.

Deshalb schlägt der Bundeskontrollausschuss für den Bundeskongress 2010 folgende Vorgehensweise vor:

Gemäß § 15 Abs. 5 Satz 2 der Satzung der GdP kann die Antragsberatungskommission (ABK) von dem Grundsatz des Satzes 1: „Über Anträge, die durch einen früheren Kongress angenommen, als Arbeitsmaterial überwiesen oder abgelehnt worden sind, darf nur bei veränderter Sach- und Rechtslage erneut beraten und abgestimmt werden“ Ausnahmen zulassen.

Die vom Bundeskongress 2006 angenommenen/als Arbeitsmaterial überwiesenen, aber nach Meinung des Bundeskontrollausschusses nicht erledigten Kongressbeschlüsse werden der ABK vom Bundeskontrollausschuss bis zur Antragsfrist als Anträge vorgelegt. Die ABK empfiehlt dann dem Bundeskongress, ob diese Anträge weiter bearbeitet werden oder als erledigt zu betrachten sind.

Die nach Satz 2 als Ausnahme behandelten angenommenen, nicht erledigten Kongressbeschlüsse können dann dem Bundeskongress 2010 zur Beratung und Beschlussfassung erneut vorgelegt werden.

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 17./18. Juni 2009 beschlossen, so zu verfahren.

## 7. DGB-Strukturreform, Eckpunktepapier

Anlässlich der GBV-Sitzung im Juli 2009 stellte Konrad Freiberg in groben Zügen die Eckpunkte der DGB-Strukturreform vor und die sich daraus ergebenden Änderungen insbesondere bei der Gremienbesetzung.

Nach ausführlicher Diskussion sowohl im GBV wie auch im BV zur Beteiligung und zum Stimmrecht von Frauen, Jugend und Senioren an den Vorstandssitzungen stimmt der GBV (mit einer Enthaltung) wie auch der BV der vorgestellten DGB-Strukturreform zu.

## 8. DGB-Bundeskongress 2010

Bis zum 14. Januar 2010 mussten die Teilnehmer für die Antragsberatungskommission des DGB-Bundeskongresses seitens der Einzelgewerkschaften benannt werden. Wie in den vergangenen Jahren wurde dies erneut von Bernhard Witt Haut übernommen. Ansprechpartner seitens GdP für die Anträge waren Hans Adams (in Zusammenarbeit mit Alberdina Körner).

## D. Frauen- und Gleichstellungspolitik

### I. Repräsentanz von Frauen in der Arbeit der GdP

Ihr Frauenförderplan verpflichtet die GdP, in einer Analyse zu dokumentieren, in welchem Maße Frauen in der Mitgliedschaft der GdP vertreten sind.

Stand	Mitglieder	Frauen	%-Anteil
12/2005	174.928	36.678	21,0%
12/2007	168.433	36.155	21,5%
12/2009	169.319	37.334	22,0%

### Frauen in Gewerkschafts- und Personalratsgremien auf Landesebene · Synopse Nr. 13

Stand: November 2009

LB/ Bez.		GLV	LV	Beirat*	LKA	LFA**	TK*	JG	FG	SG	HPR*	Anzahl Frauen (Mitgliederzahl) Frauenanteil
<b>BY</b>	Anzahl Frauen	1	3	6	0	9	5	5	15	1	1	2.633
	Mitglieder Gremium	10	28	47	12	84	13	8	15	16	15	14.222
	Frauenanteil (in %)	10,0	10,7	12,8	0,0	10,7	38,5	62,5	100,0	6,3	6,7	<b>18,5</b>
<b>BE</b>	Anzahl Frauen	2	7		0	94	15	6	22	2		3.386
	Mitglieder Gremium	11	27		11	328	39	17	22	18		13.989
	Frauenanteil (in %)	18,2	25,9		0,0	28,7	38,5	35,3	100,0	11,1		<b>24,2</b>
<b>HB</b>	Anzahl Frauen	3	3	3	3	21	10	2	6	2		780
	Mitglieder Gremium	13	21	26	14	100	15	15	6	9		2.934
	Frauenanteil (in %)	23,1	14,3	11,5	21,4	21,0	66,7	13,3	100,0	22,2		<b>26,6</b>
<b>BKA</b>	Anzahl Frauen	1	4	4	0			5	5	0		359
	Mitglieder Gremium	9	22	30	6			7	5	3		1.462
	Frauenanteil (in %)	11,1	18,2	13,3	0,0			71,4	100,0	0,0		<b>24,6</b>
<b>HH</b>	Anzahl Frauen	2	4	4	0	7		0	6	2	1	1.086
	Mitglieder Gremium	9	17	23	5	50		4	6	10	4	4.155
	Frauenanteil (in %)	22,2	23,5	17,4	0,0	14,0		0,0	100,0	20,0	25,0	<b>26,1</b>
<b>HE</b>	Anzahl Frauen	1	6	10	0		15	2	18	0	5	2.504
	Mitglieder Gremium	8	35	92	9		22	10	18	9	17	11.247
	Frauenanteil (in %)	12,5	17,1	10,9	0,0		68,2	20,0	100,0	0,0	29,4	<b>22,3</b>
<b>NI</b>	Anzahl Frauen	2	5	5	0	13	7	3	15	0	3	3.686
	Mitglieder Gremium	8	21	17	10	63	18	8	15	14	8	14.134
	Frauenanteil (in %)	25,0	23,8	29,4	0,0	20,6	38,9	37,5	100,0	0,0	37,5	<b>26,1</b>
<b>NW</b>	Anzahl Frauen	1	3	8	1	9	3	5	10	1	1	8.314
	Mitglieder Gremium	11	27	96	12	63	6	10	10	9	11	35.539
	Frauenanteil (in %)	9,1	11,1	8,3	8,3	14,3	50,0	50,0	100,0	11,1	9,1	<b>23,5</b>
<b>BW</b>	Anzahl Frauen	1	5		0		4	8	5	1	1	2.595
	Mitglieder Gremium	8	18		9		8	8	5	11	11	12.624
	Frauenanteil (in %)	12,5	27,8		0,0		50,0	100,0	0,0	9,1	9,1	<b>20,6</b>
<b>RP</b>	Anzahl Frauen	1	3	4	1	10		7	11	1	3	1.621
	Mitglieder Gremium	17	38	63	9	76		11	11	7	20	7.202
	Frauenanteil (in %)	5,9	7,9	6,3	11,1	13,2		63,6	100,0	14,3	15,0	<b>22,5</b>

LB/ Bez.		GLV	LV	Beirat*	LKA	LFA**	TK*	JG	FG	SG	HPR*	Anzahl Frauen (Mitgliederzahl) Frauenanteil
SL	Anzahl Frauen	0	2	3	2		1	10	1	0	0	484
	Mitglieder Gremium	9	21	44	13		2	23	1	16	7	2.674
	Frauenanteil (in %)	0,0	9,5	6,8	15,4		50,0	43,5	100,0	0,0	0,0	<b>18,1</b>
SH	Anzahl Frauen	1	2		2	4	10	4	21	1	1	1.113
	Mitglieder Gremium	6	21		7	28	16	12	21	24	11	5.026
	Frauenanteil (in %)	16,7	9,5		28,6	14,3	62,5	33,3	100,0	4,2	9,1	<b>22,1</b>
BB	Anzahl Frauen	1	11	13	1	24	15	9	11	2	2	1.753
	Mitglieder Gremium	9	35	50	9	114	23	17	12	5	12	7.399
	Frauenanteil (in %)	11,1	31,4	26,0	11,1	21,1	65,2	52,9	91,7	40,0	16,7	<b>23,7</b>
MV	Anzahl Frauen	3	8	4	1	0	8	3	5	3	1	649
	Mitglieder Gremium	13	34	15	11	30	15	8	5	12	11	2.838
	Frauenanteil (in %)	23,1	23,5	26,7	9,1	0,0	53,3	37,5	100,0	25,0	9,1	<b>22,9</b>
SN	Anzahl Frauen	1	5		0		5	6	9	0	1	1.582
	Mitglieder Gremium	9	25		5		20	9	9	7	24	6.926
	Frauenanteil (in %)	11,1	20,0		0,0		25,0	66,7	100,0	0,0	4,2	<b>22,8</b>
ST	Anzahl Frauen	3	8		1	28	18		5	0	2	815
	Mitglieder Gremium	9	22		8	69	35		5	3	8	4.119
	Frauenanteil (in %)	33,3	36,4		12,5	40,6	51,4		100,0	0,0	25,0	<b>19,8</b>
TH	Anzahl Frauen	4	7		1	3	9	2	5	0	4	686
	Mitglieder Gremium	9	29		7	38	12	4	5	5	10	3.433
	Frauenanteil (in %)	44,4	24,1		14,3	7,9	75,0	50,0	100,0	0,0	40,0	<b>20,0</b>
BP	Anzahl Frauen	0	2	2	0		4	9	6	2	3	3.261
	Mitglieder Gremium	12	27	53	9		17	9	6	9	33	19.261
	Frauenanteil (in %)	0,0	7,4	3,8	0,0		23,5	100,0	100,0	22,2	9,1	<b>16,9</b>

#### Abkürzungen:

GLV = Geschäftsführender Landesvorstand  
LV = Landesvorstand  
Beirat = Landesbeirat  
LKA = Landeskontrollausschuss  
LFA = Landesfachausschüsse

TK = Tarifkommission  
FG = Frauengruppe  
SG = Seniorengruppe  
JG = JUNGE GRUPPE  
HPR = Hauptpersonalrat

\* Gremien existieren in einigen LB/Bez nicht, daher keine Angabe.

\*\* Für diese Angabe die Mitgliederzahl aller LFA sowie die Frauenanteile zusammenfassen.

Insgesamt

2009

**37.334**  
**169.319**  
**22,0**

## II. Aktivitäten der Frauengruppe (Bund)

### 1. Sitzungen

Die erste Sitzung des neu gewählten Geschäftsführenden Vorstandes der Frauengruppe (Bund) nach der Bundesfrauenkonferenz in Bayreuth fand am 19./20. April 2006 in Berlin statt. Im Rahmen einer kurzen Nachlese wurden Ablauf und Organisation der Bundesfrauenkonferenz insgesamt positiv bewertet.

Breiten Raum nahm die Diskussion der Arbeitsplanung 2006–2010 ein, die sich auch aus der Beschlusslage der BFK und den Themenschwerpunkten der Frauengruppe (Bund) ergab. Ebenfalls die Aktivitäten der Frauengruppe (Bund) zum Thema „Menschenhandel/Zwangsprostitution“ im Hin-

blick auf die WM und unter Beteiligung an der Kampagne des Deutschen Frauenrates „Abpiff – Gegen Zwangsprostitution“ wurden abgestimmt. Vorbereitet wurde auch die gemeinsame Sitzung mit dem GBV am Nachmittag des 19. April 2006.

Aufgrund der hohen zeitlichen Belastung der Kolleginnen durch die WM und wegen der anschließenden Sommerpause traf sich der Geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) erst wieder am 28./29. August 2006 zur Vorbereitung der darauffolgenden Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) in Potsdam.

Auf der Tagesordnung stand neben aktueller Gewerkschaftspolitik und Informationen zur Umsetzung des TVÖD aus Frau-

ensicht v. a. die Arbeitsplanung 2006–2010. Diskutiert wurden u. a. Abschluss, Fortführung und Einrichtung von Arbeitsgruppen, die Vorbereitung einer Arbeitstagung im Januar 2007 sowie ein Konzept für ein Qualifizierungsseminar „Frauen in GdP-Funktionen“. Themen waren außerdem der neue Newsletter der Frauengruppe (Bund) und die Aktivitäten der Frauengruppe (Bund) zum GdP-Bundeskongress 2006.

Am 21./22. März 2007 kamen die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der Frauengruppe (Bund) in Berlin zusammen, um die Planungen der Arbeitstagung im Januar zu konkretisieren. Zudem wurden ein konkreter Programmwurf für die Jubiläumstagung 2008 erstellt, die Zielsetzung und die Zeitschiene der einzelnen Arbeitsgruppen abgeglichen, der Ausbau der Bildungsangebote für Frauen diskutiert und konkrete Vorschläge zur Umsetzung des Gender Mainstreaming in der GdP erarbeitet.

Zur Vorbereitung der Arbeit im 2. Halbjahr und zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem GBV traf sich der Geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) am 11./12. Juli 2007 in Hilden. Diskutiert wurden u. a. die Aktivitäten der Arbeitsgruppen (Häusliche Gewalt, Menschenhandel, Vereinbarkeit von Familie und Beruf), Ideen für einen neuen Arbeitsordner zur Frauenarbeit in der GdP und das Programm für die Jubiläumstagung in 2008. Außerdem wurde die Sitzung des Bundesfrauenvorstandes im November geplant.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming, nach dem alle politischen Vorhaben und Entscheidungsprozesse sowie deren Umsetzung und Bewertung aus der Perspektive beider Geschlechter betrachtet werden, stand im Mittelpunkt des Gespräches mit dem GBV am 11. Juli 2007. Einig waren sich beide Gremien, dass in der GdP Handlungsbedarf besteht und Gender Mainstreaming auch in der Gewerkschaft nur umgesetzt werden kann, wenn in Bund und Ländern Entscheidungsträger und Gremien an der Spitze die Verantwortung dafür übernehmen. Daher sollte das Thema im Bundesvorstand und durch einen kurzen Fachvortrag in allen GdP-Gremien auf Bundesebene erläutert werden. Zwei der Gremien sollten – zunächst in einer Test-Phase – aus ihrer Mitte Gender-Teams (je ein Mann und eine Frau) benennen, die Diskussionen und Beschlüsse der Gremien im Sinne des Gender Mainstreaming überprüfen.

Das Treffen des Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes am 14./15. November 2007 diente der Vorbereitung der Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) am 15./16. November 2007, in deren Mittelpunkt die Vorbereitung eines Gespräches mit Kerstin Griese, der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend stand.

Positiv werteten die Kolleginnen der Frauengruppe (Bund) bei dem Treffen die Initiativen der Bundesregierung zur Verbesserung der Kinderbetreuung, wiesen aber auch auf die bestehenden Defizite hin, v. a. auf den Mangel an Betreuungsmöglichkeiten in vielen Regionen: Kita von acht bis fünf Jahre passt nicht für jeden, schon gar nicht für die Familien im Umfeld des Polizeidienstes. Die Ausschussvorsitzende teilte diese Auffassung, betonte aber die Zuständigkeit der Länder und Kommunen.

Anhand konkreter Beispiele konnte die Frauengruppe (Bund) der SPD-Politikerin auch vermitteln, dass Beamtinnen und

Beamte aufgrund ihres Status in einigen Bereichen benachteiligt sind, u. a. wenn es um die Betreuung von kranken Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen geht oder um die Beantragung von Mutter-Kind-Kuren. Frau Griese versprach die Prüfung dieser Sachverhalte und stellte ihr Engagement für eine Verbesserung in Aussicht.

Auf Nachfrage gaben die GdP-Kolleginnen der Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiegend positive Rückmeldungen zur Praxistauglichkeit des Gewaltschutzgesetzes – auch wenn es in einigen Bereichen und Ländern noch Nachbesserungsbedarf gebe. Wichtig war den Kolleginnen vor allem der Hinweis auf zwei Problemfelder: Um den Schutz der Opfer zu verbessern, sollte die Zuständigkeit für Maßnahmen bei den Familiengerichten konzentriert werden und gerichtliche Entscheidungen in Bezug auf Umgangskontakte des Kindes mit dem gewalttätigen Elternteil müssten mit dem Erlass von Schutzanordnungen besser abgestimmt werden.

Während der Sitzung fasste der Vorstand der Frauengruppe (Bund) angesichts veränderter Bedingungen und neuer Herausforderungen auch einen Beschluss zur Aktualisierung des Positionspapiers „Handeln gegen Menschenhandel“ und wählte aus verschiedenen Vorschlägen ein neues Logo für die Frauengruppe (Bund) aus.

Anlässlich ihrer Sitzung am 17./18. Juni 2008 in Berlin diskutierten die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der Frauengruppe (Bund) die Möglichkeiten zum Ausbau und zur Aktualisierung des Internetauftritts der Frauengruppe (Bund) und die Vorbereitungen zur Jubiläumsveranstaltung im November 2008.

Eine intensive inhaltliche Diskussion ergab sich durch die vorbereitenden Arbeiten zum Positionspapier „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, die Beteiligung an der DGB-Kampagne „Ich bin mehr wert!“ und die Problematik der Entgeltungleichheit, die im Mittelpunkt der Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) Anfang September stehen sollten.

Schwerpunktthema der Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) am 02./03. September 2008 in Teistungen war die DGB-Kampagne „Ich bin mehr wert!“, die von Kollegin Maria Kathmann (DGB/Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik) engagiert präsentiert wurde und bei den Landesfrauen auf große Zustimmung stieß. Außerdem diskutierten und verabschiedeten die Kolleginnen ein Positionspapier zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Gewerkschaftsarbeit, das den Gremien der GdP zur Beschlussfassung zugeleitet wurde.

Darüber hinaus einigten sich die Vorsitzenden der Landesfrauengruppen, im kommenden Jahr die Benachteiligung von Frauen in der Polizei in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Die Themen Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst, Karrierechancen für Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollten dabei eine herausragende Rolle spielen.

Weil die Kollegin Conny Zimmerling (BB), seit März 2006 stellv. Schriftführerin im geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund), aus persönlichen Gründen alle Funktionen auf Ebene der GdP-Bund niedergelegt hatte, wählte der Vorstand der Frauengruppe (Bund) am 02. September 2008 auf seiner Sitzung einstimmig Kollegin Silvana Weber (TH), Frauenbeauftragte der Polizei in Thüringen, in das Amt.

In Mittelpunkt der dem Gründungsjubiläum vorgeschalteten Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) am 19. November 2008 in Berlin standen letzte Informationen und Absprachen zur Veranstaltung. Zudem wurde eine Postkartenaktion zum 08. März beschlossen und die Erarbeitung der Ausstellung „25 Jahre GdP-Frauengruppe“ zur Bundesfrauenkonferenz begrüßt, die den Landesbezirken in digitaler Form zur Verfügung steht.

Zur Vorbereitung auf die gemeinsame Sitzung mit dem GBV diskutierte der Geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) am 11./12. Februar 2009 noch einmal die Argumente für das Positionspapier „Vereinbarkeit Familie und Beruf“, die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der GdP sowie den aktuellen Stand der Debatte zur DGB-Strukturreform – Themen, die auch Gegenstand des einvernehmlichen Gespräches mit dem GBV waren. Zudem stieg der Geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) in die Detailplanungen für die Bundesfrauenkonferenz 2010 ein.

Im Mittelpunkt der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der Frauengruppe (Bund) am 08./09. Juli 2009 in Berlin standen inhaltliche, organisatorische und personelle Planungen für die Bundesfrauenkonferenz 2010. Zum Thema der Konferenz „Wie viel Frau verträgt die Polizei?“ wurde ein Leit Antrag vorbereitet, der aus der aktuellen Situation von Frauen in der Polizei gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Forderungen ableitet. Darüber hinaus erarbeitete der Geschäftsführende Vorstand eine Vorschlagsliste für Themen weiterer Anträge.

Auf der Tagesordnung standen außerdem die Vorbereitung des ersten Informations- und Erfahrungsaustausches für Gleichstellungsbeauftragte in den Polizeien von Bund und Ländern im September, geschlechtergerechte Arbeit in der GdP, die DGB-Strukturreform und die DGB-Bundesfrauenkonferenz 2010.

Anlässlich des ersten Erfahrungs- und Informationsaustausches für Gleichstellungsbeauftragte kamen der Geschäftsführende und der Vorstand der Frauengruppe (Bund) am 22./23. bzw. 23./24. September 2009 in Fulda zusammen. Sie trafen letzte Vorbereitungen für die Gleichstellungstagung, beschlossen gemeinsame Anträge für die DGB- und die GdP-Bundesfrauenkonferenzen 2010, diskutierten den aktuellen Sachstand zur DGB-Strukturreform sowie die Vorbereitungen des DGB zum Internationalen Frauentag 2010 und informierten sich über die bisherigen Ergebnisse der Hesselbach-Studie zur „Work-Life-Balance Ehrenamtlicher Funktionärinnen und Funktionäre“ bei GdP und ver.di.

Die Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) am 03./04. November 2009 in Berlin diente in erster Linie letzten Absprachen zur Bundesfrauenkonferenz 2010. Auf der Tagesordnung standen außerdem die Berichte aus den Arbeitsgruppen sowie die aktuelle Entwicklung der Debatte um die DGB-Strukturreform. Beschlossen wurden darüber hinaus die Kurzfassung des Positionspapiers sowie eine Muster-Dienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

## 2. Arbeitstagungen

Gründlich vorbereitet durch eine vorgeschaltete Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes fand die Arbeitstagung 2007 der Frauengruppe (Bund) vom 23.–25. Januar in Brakel statt. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Diskussion um die Präsenz der Frauen in Polizei und Gewerkschaft.

In den Debatten und Workshops der Tagung wurden zahlreiche Vorschläge erarbeitet, mit welchen Angeboten sich die Gewerkschaft dieser Herausforderungen annehmen kann. Konkrete Vorschläge entwickelte die Frauengruppe (Bund) zur einer 1. Tagung der in der GdP organisierten Gleichstellungsbeauftragten, die – analog zu den regelmäßigen Treffen der PHPR – dem Informations-, Wissens- und Erfahrungsaustausch dienen und dadurch auch die Arbeit der GdP vor Ort sinnvoll unterstützen soll. Diskutiert wurde auch, wie die Richtlinien der Frauengruppe (Bund), der Frauenförderplan, das Logo und Werbemittel für die Frauengruppe (Bund) zeitgemäß gestaltet werden könnten.

Gemäß Beschluss des Bundesfrauenvorstandes vom 15./16. November 2007 hatte die Arbeitstagung 2008 der Frauengruppe (Bund) vom 23.–25. Januar in Düsseldorf einen sozialpolitischen Schwerpunkt, der auch die aktuelle Arbeit des Gremiums am Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ berücksichtigte: Referate und Diskussionen orientierten sich an Elterngeld und Elternzeit ebenso wie an Pflegereform und Pflegezeitgesetz. Zudem stand der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut für einen gewerkschaftspolitischen Situationsbericht mit dem Schwerpunkt „Sozialpolitik“ zur Verfügung.

Das für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständige Mitglied im GBV, Elke Gündner-Ede, erläuterte grundsätzliche Fragestellungen zum Thema Entgeltgleichheit, informierte über einen Workshop des DGB-Bundesfrauenausschusses zu diesem Thema und wies auf die sich daraus ergebenden Handlungsfelder für die GdP hin. Als ersten Schritt auf diesem Feld bezeichnete sie die im Dezember 2007 erfolgte Benennung eines Gender-Teams in der Tarifkommission der GdP. Die Frage der Entgeltgleichheit im TVöD und TV-L werde im Wesentlichen von der noch zu verhandelnden Entgeltforderung abhängen.

Den Schwerpunkt der Arbeitstagung 2009 der Frauengruppe (Bund) vom 27.–29. Januar in Berlin bildeten erste Abstimmungen und Vorbereitungen für die Bundesfrauenkonferenz 2010, darunter auch die inhaltliche Ausrichtung, Mottovorschläge und Rahmenprogramm sowie Antragsfristen und Personalien: Eine herausragende Rolle sollten die steigende Zahl der Frauen in der Polizei spielen, ihre wachsende Bedeutung für die Polizeiarbeit sowie das Ziel der Chancengleichheit.

Auf dem Programm standen außerdem die Tagung für Gleichstellungsbeauftragte aus den Polizeien von Bund und Ländern im September 2009, Arbeitsbesuche in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung und in der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie der gewerkschaftspolitische Situationsbericht des zuständigen GBV-Mitgliedes Elke Gündner-Ede.

Darüber hinaus plante die Frauengruppe eine Postkartenaktion, mit der sie sich anlässlich des Internationalen Frauentages am 08. März der frauenpolitischen Initiative „Ich bin mehr wert!“ des DGB anschloss.

### 3. Arbeitsgruppen

#### 3.1 AG „Menschenhandel“

Am Rande der Arbeitstagung kam die AG „Menschenhandel“ der Frauengruppe (Bund) am 24. Januar 2007 zusammen, um die Evaluierung des Prostitutionsgesetzes in Bezug auf die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu erörtern. Der am 23. Januar 2007 vorgelegte Bericht der Bundesregierung basiert auf den Ergebnissen von drei eigens in Auftrag gegebenen Gutachten sowie weiteren Studien aus den letzten Jahren. Gerade im Blick auf die Strafverfolgung, insbesondere im Deliktbereich Menschenhandel, bestätigen die Untersuchungen nach Auffassung der Arbeitsgruppe im Wesentlichen die Positionierung der GdP, wie sie auf dem Bundeskongress 2007 auf Antrag der Frauengruppe (Bund) unter dem Titel „Handeln gegen Menschenhandel“ beschlossen wurde: Die Situation der Opfer und die Strafverfolgung müssen durch gezielte Maßnahmen verbessert werden.

Mitte 2007 stellte die AG Menschenhandel des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) anlässlich der Novellierung des Ausländer- und Asylrechtes fest, dass durch die darin enthaltene Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie die Verfolgung von Straftaten insbesondere im Deliktbereich Menschenhandel nicht erleichtert wird. Die AG Menschenhandel des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) traf sich daher am 15./16. Oktober 2007 in Kassel, um diese Konsequenzen zu diskutieren, und kritisierte diese Entwicklung.

Um die Diskussion über eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten zielführend mitzugestalten und zu erörtern, welchen Beitrag eine bundeseinheitliche Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten zur Bekämpfung von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung leisten und in welcher Form eine solche Erlaubnispflicht zur Schaffung eines Hellfeldes sowie zur Herstellung von Rechtssicherheit beitragen kann bzw. welche Synergie-Effekte dabei entstehen, lud die AG ausgewiesene Expertinnen und Experten zum Fachgespräch „Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten?“ 13. März 2007 nach Berlin ein. Im Ergebnis sah sich die AG „Menschenhandel“ der Frauengruppe in ihrer Auffassung bestätigt, dass die gegenwärtige Rechtslage für Prostitutionsstätten dem Gefahrenpotenzial, das von Betrieben des Rotlichtmilieus ausgeht, nicht gerecht wird.

Das Positionspapier der Frauengruppe (Bund) „Handeln gegen Menschenhandel – veränderte Bedingungen, aktuelle Herausforderungen“ (Beschluss des Bundesfrauenvorstandes vom 25. November 2007) wurde vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus dem Fachgespräch ergänzt, vom Geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund) im Umlaufverfahren beschlossen und am 17. April 2008 auch vom GBV zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Faltblatt der AG Menschenhandel, das als Download auf der Website der GdP (Mitgliederbereich/Ressort Frauen) zur Verfügung steht, wurde laufend aktualisiert.

Unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden der Frauengruppe (Bund), Erika Krause-Schöne, arbeiteten die Kolleginnen Dagmar Hölzl (BW), Christiane Kern (BY), Sandra Temmen (HE) und Heidi Rall (BKA) aktiv in der Arbeitsgruppe mit.

#### 3.2 AG „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“

Aus Kostengründen konstituierte sich die AG „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ am Rande der Arbeitstagung im Januar 2007. Bereits beim ersten Treffen entstand ein Katalog von Forderungen, die sich an politische Entscheidungsträger und Dienstherren richten. Er sollte in den kommenden Monaten zu einem Positionspapier anwachsen und durch eine Musterdienstvereinbarung ergänzt werden.

Am 15./16. Mai 2007 traf sich die AG „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ in Berlin, diskutierte vielfältige Ansätze und verteilte Arbeitsaufträge. Ein erster Entwurf zu einem Positionspapier wurde zunächst in der Runde der Landesfrauenvorsitzenden bearbeitet und beschlossen, im gemeinsamen Gespräch mit dem GBV diskutiert und schließlich im März 2009 auch der Beschluss des GdP-Bundesvorstandes.

Auf ihrer nächsten Sitzung am 02./03. Juni 2009 erarbeitete die AG „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ eine Kurzfassung des umfangreichen Positionspapiers sowie einen Entwurf für eine Musterdienstvereinbarung, denen der Vorstand der Frauengruppe (Bund) auf seiner Sitzung im November zustimmte.

Gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit hatte die AG „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ein Faltblatt entworfen, um Kolleginnen und Kollegen für das Thema zu sensibilisieren. Das Faltblatt steht seit August 2007 auf der Website der GdP (Mitgliederbereich/Ressort Frauen) zum Download zur Verfügung.

Unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden der Frauengruppe (Bund), Martina Filla, arbeiteten die Kolleginnen Uta Dröschel (NI), Nicole Minge (BW), Felizitas Miklis (BP), Wilma Wäntig (MV) und Silvana Weber (TH) aktiv in der Arbeitsgruppe mit.

#### 3.3 AG „Häusliche Gewalt“

Beim Treffen der AG „Häusliche Gewalt“ des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) am 25./26. Februar 2009 in Berlin waren die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in den Ländern, der Gesetzentwurf zur Stärkung der Täterverantwortung und die Eingriffsmöglichkeiten der Polizeien des Bundes und der Länder Themenschwerpunkte.

In der Debatte um Interventionsstellen sowie deren Anbindungen und Finanzierung stellten die Kolleginnen fest, wie breit die Hilfsangebote für Opfer von Gewalttaten gefährdet sind und dass zunehmend auch die Täterarbeit Berücksichtigung findet. Wichtige Forderungen bleiben die themenorientierte Aus- und Weiterbildung der Kolleginnen und Kollegen sowie die Bildung von Sonderdezernaten.

Unter Leitung von Silvana Weber arbeiteten die Kolleginnen Anne Müller (MV) und Birgit Reimann (HH) aktiv in der Arbeitsgruppe mit.

## 4. Aktionen und Veranstaltungen

### 4.1 Gründungsjubiläum der Frauengruppe (Bund) am 19./20. November 2008 in Berlin

Stellvertretend für die heute rund 36.000 Frauen in der GdP beging die Frauengruppe (Bund) am 19./20. November 2008 in Berlin das 25-jährige Jubiläum der politischen Frauenarbeit in der GdP. Die Kolleginnen zogen Bilanz, freuten sich über die erstrittenen Erfolge und diskutierten die aktuellen Herausforderungen gewerkschaftlicher Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg gratulierte der Frauengruppe und unterstützte deren Vorhaben, die noch immer bestehende Benachteiligung von Frauen in der Polizei künftig in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, um nach den Ursachen für bestehende Ungerechtigkeiten zu suchen – und vor allem nach Lösungswegen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock beglückwünschte die GdP zu ihrer aktiven Frauengruppe und ermunterte die Kolleginnen, sich aktiv in die DGB-Kampagne „Ich bin mehr wert!“ einzubringen, denn auch im öffentlichen Dienst sei die Entgeltgleichheit von Männern und Frauen noch immer nicht hergestellt. In ihrem beachteten Festvortrag zum Verhältnis von Männern und Frauen in der Polizei rief Frau Dr. Boglarka Hadinger dazu auf, die unterschiedlichen Sichtweisen und Denkstile beider Geschlechter anzuerkennen und zu nutzen, um gemeinsam die anstehenden Probleme zu lösen. Dr. Birgit Schweikert, Leiterin der Referates „Schutz von Frauen vor Gewalt“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend betonte in ihrer Gratulation, wie wichtig das Engagement der GdP-Frauen auf den Gebieten der Häuslichen Gewalt und des Menschenhandels sei.

Aus Anlass des Gründungsjubiläums wurde eine Festschrift erstellt. Neben einem gemeinsamen Grußwort des GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg, des zuständigen GBV-Mitgliedes Elke Gündner-Ede und der Vorsitzenden der Frauengruppe (Bund) Sandra Temmen enthält sie Beiträge aller Landesfrauengruppen, in denen sie ihre Aktivitäten vorstellen. Eine kleine Ausstellung dokumentierte die (gewerkschafts-)politische Frauenarbeit in der GdP. Sie steht als Datei (PDF-Format) auch den Landesfrauengruppen zur Nutzung zur Verfügung.

### 4.2 Postkarten-Aktion der GdP-Frauengruppen zum 08. März 2009

Thema der Initiative „Ich bin mehr wert!“ des DGB war der Dreiklang aus Entgeltgleichheit, Karrierechancen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In Anlehnung an diese Initiative organisierte der Vorstand der Frauengruppe (Bund) eine Postkarten-Aktion zum 08. März 2009: Die Landesfrauengruppen erhielten Postkarten und Textvorlagen, mit denen sie gegenüber polizeilichen Entscheidungsträgern und Vorgesetzten die Forderungen der GdP-Frauen nach einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, nach fairen Karrierechancen für Frauen und Entgeltgleichheit auch für die Beschäftigten in der Polizei bekräftigten. Jede Landesfrauengruppe entschied vor Ort, welche der Forderungen ihr besonders wichtig waren, ob sie die Textvorlagen unverändert einsetzen oder den regionalen Gegebenheiten anpassen wollte und wer die Adressaten der Postkarten waren. Von der Mehrheit der Landesfrauengruppen wurde dieses Angebot gern genutzt.

### 4.3 Erster Erfahrungs- und Informationsaustausch für Gleichstellungsbeauftragte in den Polizeien von Bund und Ländern am 23./24. September 2009 in Fulda

Auf Initiative der Frauengruppe (Bund) lud die GdP-Gleichstellungsbeauftragte aus den Polizeien von Bund und Ländern zu einem ersten Erfahrungs- und Informationsaustausch ein. Gefördert wurde die Tagung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Mehr als 70 Kolleginnen folgten der Einladung und zeigten sich hochofreut, dass sich die GdP in einer eigens für sie konzipierten Veranstaltung dem Problem der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Polizei annahm – und dabei zugleich auch die Bedingungen ihrer Arbeit thematisierte: Auf dem Programm standen konkrete „handwerkliche“ Probleme, die sich in der täglichen Aufgabenwahrnehmung von Gleichstellungsbeauftragten ergeben, wie der Rechtsschutz in eigener Sache, das Zeugnisverweigerungsrecht, das Legalitätsprinzip und die Nutzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Diskutiert wurde aber auch die strategische Frage, wie die rechtlich bereits festgeschriebene Gleichstellung von Frauen und Männern in der Polizei im täglichen Dienst gefördert werden kann und welche Hindernisse dafür zu überwinden sind.

Aus Sicht der GdP-Frauengruppe standen zwei gewerkschaftspolitische Anliegen im Zentrum des ersten Informations- und Erfahrungsaustausches für Gleichstellungsbeauftragte in den Polizeien von Bund und Ländern: Zum einen sollte eine Plattform geschaffen werden, über die sich die Kolleginnen, die in ihren Dienststellen und Behörden immer als Einzelkämpferinnen unterwegs sind, vernetzen können. Zum anderen sollte das Treffen aufzeigen, in welcher Form und auf welchen Themengebieten die GdP künftig die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten unterstützen kann.

Um die Wünsche und Forderungen der Kolleginnen an ihre Berufsvertretung so konkret wie möglich zu dokumentieren, beschriftete die Tagung auch methodisch neue Wege. In kleinen Gruppen arbeiteten die Kolleginnen intensiv an unterschiedlichen Themen (Kaffeehaus-Modell), analysierten die Probleme, formulierten den Handlungsbedarf und planten einzelne Umsetzungsschritte.

Der Vorstand der Frauengruppe (Bund) wird den entstandenen Forderungskatalog nutzen und Vorschläge für die Bearbeitung der Themenfelder auch in anderen Gremien der GdP zusammenstellen.

## 5. Publikationen

Nach der Sommerpause 2006 erschien die erste Ausgabe des Newsletters der Frauengruppe (Bund), der in der Regel viermal im Jahr in digitaler Form herausgegeben und per Mail verschickt wird. Versehen mit zahlreichen Link-Tipps bietet er Informationen zur Frauen- und Gleichstellungspolitik

ebenso wie zu aktuellen polizeilichen Themen und berichtet außerdem aus der Arbeit der GdP-Landesfrauengruppen. Die aktuellen Ausgaben werden im Mitgliederbereich der GdP-Homepage (Ressort Frauen) zum Download bereitgestellt.

Um die Kolleginnen aktuell zu informieren, erarbeitete die Frauengruppe (Bund) im September 2006 einen Flyer zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Er erläutert kurz und knapp die wichtigsten Neuerungen, die sich durch das AGG ergeben haben, weist auf die Pflichten des Dienstherrn sowie die Rechte von Beschäftigten und Personalrat hin und zeigt auf, warum Nachbesserungen im Gesetz notwendig sind. Der Flyer (PDF-Format) steht seitdem im Mitgliederbereich der GdP-Homepage (Ressort Frauen) zum Download bereit.

Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 stellte die Frauengruppe (Bund) das Flugblatt „Frauen im Abseits“ und die Merk-Karten zur Verfügung, mit denen die im Einsatz befindlichen Kolleginnen und Kollegen für die Themen Menschenhandel und Zwangsprostitution sensibilisiert werden sollten. Damit setzte die Frauengruppe (Bund) im Betreuungsangebot zur WM eigene inhaltliche Akzente.

## **6. Zusammenarbeit mit dem DGB**

### **6.1 Gespräch mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock**

Am 26. Januar 2007 führte der Geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) ein Gespräch mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock, die im Geschäftsführenden Bundesvorstand u. a. für die Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie für Beamtenpolitik verantwortlich zeichnet.

Zentrales Thema waren die Karrierechancen von Frauen in der Polizei und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ingrid Sehrbrock zeigte großes Verständnis für die besonderen Problemstellungen im Polizeidienst und bot zur Umsetzung politischer Forderungen ihre Unterstützung an. Diskutiert wurden auch politische und polizeispezifische Forderungen der Frauengruppe (Bund) zum Thema Menschenhandel/Zwangsprostitution. Abschließend wurden noch einige Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) erörtert und eine Intensivierung der Zusammenarbeit zu Fragen der Gleichstellung im öffentlichen Dienst vereinbart.

### **6.2 DGB-Bundesfrauenausschuss**

Neben der aktuellen gewerkschaftspolitischen Debatte und dem Austausch der Einzelgewerkschaften untereinander standen die Sitzungen des DGB-Bundesfrauenausschuss am 18. April 2007 und am 20. September 2007 ganz im Zeichen der Konzeption und der Vorbereitungen zur Kampagne für ein modernes Frauenbild. Auch die Tagesordnung der Sitzung des DGB-Bundesfrauenausschuss am 16. April 2008 war geprägt durch die frauenpolitische Initiative „Ich bin mehr wert!“ mit den Schwerpunktthemen Entgeltgleichheit, Karrierechancen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darüber hinaus wurde die Beschlussfassung eines Positionspapiers

der DGB-Frauen zum Gender Pay Gap vorbereitet, zu dem die GdP den Hinweis auf die Bedeutung der Entgeltgruppen von TVÖD bzw. TVL sowie die Unterschiede in der Beurteilung von Beamtinnen und Beamten einbringen konnte.

Die Debatte zum Schwerpunktthema Entgeltgleichheit stand im Mittelpunkt der Sitzung des DGB-Bundesfrauenausschuss am 18. September 2008. Vor dem Hintergrund des Berichtes der EU-Kommission zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles hatte sich der Workshop „Equal Pay“ des DGB-BFA am 30./31. August 2007 mit der Frage beschäftigt, wie sich die Situation in Deutschland und in den Organisationsbereichen der einzelnen Gewerkschaften darstellt. Diskutiert wurden mögliche Maßnahmen in den einzelnen Branchen sowie DGB-weite Aktivitäten. Darüber hinaus wurde ein erster Entwurf für ein Positionspapier der DGB-Frauen zum Gender Pay Gap abgestimmt. Geplant wurde zudem ein gemeinsamer offener Brief aller Vorstandsfrauen an Bundesministerin Ursula von der Leyen und die Fraktionsspitzen, um die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit über die Eckpunkte des DGB zur Überarbeitung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) zu informieren.

Neben dem politischen Bericht und einer Bilanz der Kampagne „Ich bin mehr wert!“ diskutierten die Kolleginnen auf der Sitzung des DGB-Bundesfrauenausschusses am 25. März 2009 das weitere Vorgehen und die Konzeption eines gemeinsamen Informationsportals zur Entgeltgleichheit. Auf der Tagesordnung standen auch die Vorbereitungen für die DGB-Bundesfrauenkonferenz 2010. Themenschwerpunkte bildeten die Erarbeitung eines Positionspapiers zum Wahljahr 2009 sowie die geplante DGB-Strukturreform.

Im Anschluss an die Sitzung fand am 26. März 2009 ein Workshop „Gender Mainstreaming in Gewerkschaften“ unter Beteiligung mehrerer Einzelgewerkschaften statt. Er diente dem Informations- und Erfahrungsaustausch zur Umsetzung des Prinzips des Gender Mainstreaming in den einzelnen Organisationen.

Erneut diskutierte der DGB-Bundesfrauenausschuss in seiner Sitzung am 09. September 2009 neben aktuellen politischen Entwicklungen die Vorhaben der DGB-Strukturreform und tauschte sich zu den Sichtweisen in den jeweiligen Einzelgewerkschaften aus. Vereinbart wurden auch gemeinsame Initiativen anlässlich der DGB-Bundesfrauenkonferenz im Januar 2010.

Während der Sitzung wurde der Entwurf des Arbeitsministeriums für ein Gesetz zur Verbesserung der Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern bekannt, den der DGB-BFA im Grundsatz begrüßte und für dessen Erweiterung um die Anwendbarkeit im öffentlichen Dienst warb. Eine Festlegung des DGB-BFA erfolgte hinsichtlich des hundertjährigen Jubiläums des Internationalen Frauentages auf 2011.

### **6.3 DGB-Arbeitsgruppe zum Internationalen Frauentag**

Wegen der in den vergangenen Jahren stets weit auseinanderliegenden Ansichten über die Gestaltung des im DGB gemeinsam genutzten Materials zum Internationalen Frauentag hatte der DGB-BFA zur Vorbereitung für das (Wahl-) Jahr 2009 erstmals eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie beriet

im Juni 2008 zunächst über die inhaltliche und gestalterische Ausrichtung der neuen Materialien und traf im August eine Auswahl aus den vorliegenden Entwürfen für das Jahr 2009, die trotz intensiver Beteiligung der GdP an dem Diskurs nicht den Vorstellungen der Frauengruppe (Bund) entsprach.

Analog ging er im Jahr 2010 vor. In der ersten Sitzung der AG im Juli 2009 wurde vornehmlich die Frage diskutiert, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise sich auf berufstätige Frauen auswirkt und welche Effekte bis März kommenden Jahres zu erwarten sind. Wichtig war den Teilnehmerinnen die Botschaft, dass trotz wirtschaftlich schwieriger Bedingungen nicht auf Kosten von Frauen rationalisiert und gespart werden dürfe – unvermeidliche Belastungen müssten vielmehr geschlechtergerecht geschultert werden. Die konstruktive Mitarbeit der GdP führte dazu, dass der Motiventwurf für den Internationalen Frauentag 2010 auch von den GdP-Frauen mitgetragen und genutzt werden kann.

#### **6.4 DGB-Arbeitsgruppe „Familienpolitik/Vereinbarkeit“**

Auf Initiative des DGB soll die AG familienpolitische Themen diskutieren, über politische Entwicklungen und Tendenzen informieren, den Austausch über Ansätze, Projekte, Aktivitäten und Vorhaben der Gewerkschaften und des DGB ermöglichen und bei der Positionierung zu Gesetzgebungsverfahren einbezogen werden.

Aus Anlass der aktuellen politischen Diskussion um einen ersten Schritt zur Abschaffung der Steuerklassen III und V durch die optionale Einführung des Anteilsverfahrens (Jahressteuergesetz 2008) griff die AG „Familienpolitik“ in ihrer Sitzung am 23. Oktober 2007 das Thema auf. Vor dem Hintergrund der Festlegung des DGB-Grundsatzprogramms („Gewerkschaften setzen sich für die Individualbesteuerung der Einkommen ein. Die Steuervorteile des Ehegattensplittings müssen begrenzt und schrittweise zugunsten eines Familienlastenausgleiches abgeschafft werden.“) wurde nach einem Fachreferat ausführlich diskutiert, welche Beschlüsse derzeit in den Einzelgewerkschaften vorliegen. Gemeinsam kamen die Teilnehmerinnen der Runde zu dem Schluss, dass die Effekte des Ehegattensplittings für Durchschnittsverdiener von den Betroffenen häufig überschätzt würden. In Planung ist eine übersichtliche Darstellung dieser Effekte, um die DGB-Position in den Einzelgewerkschaften nachvollziehbar zu machen.

In der AG-Sitzung am 01. Juli 2008 standen zunächst die Berichte aus dem DGB und den Einzelgewerkschaften zu aktuelle Vorhaben und Themen im Mittelpunkt. Doch auch aktuelle politische Entwicklungen wurde beraten, darunter die Gesetzesänderungen und die bevorstehende Evaluation des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG), der „Arbeitsbericht Zukunft für Familien“ des Kompetenzzentrums des BMFSFJ zu familienpolitischen Leistungen sowie die Debatte um das Ehegattensplitting.

Anlässlich ihrer Zusammenkunft am 30. Juni 2009 diskutierte die Arbeitsgruppe, ob die Zusammenfassung der zahlreichen DGB-Beschlüsse zu Themen der Familienpolitik und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in einem Positionspapier sinnvoll sei – was die AG für unnötig hielt.

Erörtert wurde auch die Positionierung des DGB zu haushaltsnahen Dienstleistungen. Dabei wurde u. a. deutlich, dass eine Pool- oder Agenturlösung erstrebenswert scheint, personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungen strikt zu trennen sind und die Qualifikationsanforderungen an Agenturen/ Pools definiert werden müssen. Um strategische Vorstellungen zu entwickeln, was aus Sicht des DGB gesellschaftspolitisch wichtig und richtig ist, bedarf es weiterer Beratung unter Einbeziehung der Vertreterin einer Agentur.

#### **6.5 DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestalten“**

Seit Ende 2007 beteiligt sich die GdP an dem DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestalten“, das sich zum Ziel gesetzt hat, das Thema stärker in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu verankern. Es hält für Kolleginnen und Kollegen in Dienststellen und Behörden zahlreiche Tipps und Anregungen bereit, wie sie das Thema in ihre Arbeit integrieren und vor Ort umsetzen können.

Im Verlauf des Projektes konnten u. a. Referentinnen zu verschiedenen Themen für Sitzungen der Frauengruppe (Bund) gewonnen, die Broschüre „Vereinbarkeit als Handlungsfeld für Personalräte“ initiiert sowie eine umfangreiche Darstellung des Projektes und seiner Angebote für Interessenvertreter in DEUTSCHE POLIZEI (10/2009) publiziert werden.

#### **6.6 „Familienpolitik als gewerkschaftliches Handlungsfeld“ – Fachtagung des DGB am 11. November 2008**

Auf der familienpolitischen Fachtagung ergab sich die Gelegenheit, Initiativen für eine familienfreundliche Politik kennen zu lernen und gewerkschaftliche Anforderungen an eine zukunftsweisende arbeitnehmerfreundliche Familienpolitik mit Expertinnen und Experten zu debattieren. In einem Gespräch mit Bundesministerin Ursula von der Leyen wurde seitens der GdP auch die Entgeltungleichheit im öffentlichen Dienst thematisiert.